

V-57 Holen wir uns die Jugend zurück! Für ein neues grünes Aufstiegsversprechen

Antragsteller*in: Helena Sophie Elisabeth Schnettler (KV Görlitz)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 In den vergangenen Wahlen haben wir es als Bündnis 90/Die Grünen nicht mehr
2 geschafft, glaubwürdig als Stimme der Jugend in der deutschen Politik
3 aufzutreten. Viele junge Menschen haben sich deshalb von uns abgewandt und ihr
4 Vertrauen an politische Ränder oder extremistische Parteien gegeben. Das müssen
5 wir wieder ändern und Vertrauen zurückgewinnen! Nicht umsonst haben bei früheren
6 Wahlen die Erstwähler*innen uns das größte Vertrauen geschenkt. Denn Bündnis
7 90/Die Grünen ist nicht nur die Partei der Generationengerechtigkeit; wir sind
8 auch die Partei der Chancengerechtigkeit. Deshalb geben wir jungen Menschen
9 unser grünes Aufstiegsversprechen: das Versprechen, dass sie unabhängig von
10 Herkunft oder finanziellen Startbedingungen ihre Zukunft erfolgreich, sicher und
11 selbstbestimmt gestalten können.

12 Mit dieser Vision machen wir uns auf in einen neuen Generationenvertrag, der
13 jungen Menschen Sicherheit bietet, einen funktionierenden Staat garantiert und
14 auf dessen Grundlage der langfristige Lohn für den Einsatz für unsere
15 Gesellschaft wieder sichtbar wird.

16 Unsicherheiten und globale Herausforderungen, von Klimakrise über Pandemie bis
17 Krieg, prägen das Aufwachsen der Gen Z. Zugleich zeigt diese Generation einen
18 starken Willen zur Gestaltung und Veränderung. Überall in der Welt ergreifen
19 junge Menschen Partei und sehen sich nicht nur als passive Zuschauer der
20 aktuellen Weltlage, sondern wollen mitentscheiden. Die Weichen für eine
21 lebenswerte Zukunft werden heute gestellt. Unser Anspruch als Partei ist es,
22 aktiv mitzuwirken, diese Zukunft zu sichern. Wir sehen uns dabei als Partner,
23 Stimmverstärker und Vehikel einer engagierten Jugend. Dort, wo sich junge
24 Menschen politisch und gesellschaftlich engagieren, unterstützen wir sie. Wir
25 bringen ihre Anliegen in die Parlamente und Regierungen hinein. Als Partei sind
26 wir stolz auf die vielen jungen Menschen, die sich bei uns engagieren und
27 mitbestimmen. Denn es ist entscheidend, dass nicht nur über, sondern auch mit
28 jungen Menschen geredet wird.

29 Es geht darum, das Wohlstands- und Aufstiegsversprechen, dass es jeder
30 Generation besser gehen wird als der vorherigen, zu erneuern. Dafür muss der
31 Staat zum Möglich-Macher werden und darf jungen Menschen nicht im Weg stehen.
32 Denn ohne ein unterstützendes Umfeld kann das Versprechen, dass jeder seines
33 eigenen Glückes Schmied ist, heute nicht eingelöst werden. Noch immer hängt der
34 Lebensweg junger Menschen in Deutschland viel zu stark vom Elternhaus ab.
35 Chancen auf Bildung, Studium und Beruf sind ungleich verteilt. Besonders junge
36 Menschen mit Migrationshintergrund und Kinder Geflüchteter brauchen besondere
37 Unterstützung, um die gleichen Chancen wie alle anderen Kinder zu haben. Ein
38 grünes Aufstiegsversprechen muss dieser Ungerechtigkeit entgegenwirken.

39 Vermögen ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Oft eröffnet erst das Glück,
40 in eine wohlhabende Familie geboren zu sein, echte Zukunftschancen. Besonders
41 junge Ostdeutsche haben es schwer, Vermögen aufzubauen. Im Osten ist es auch 35

42 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht gelungen, Vermögen und Erbschaften an das
43 Niveau der alten Bundesländern anzugleichen. Unser Anspruch ist es, unsere
44 politische Arbeit darauf auszurichten, jungen Menschen Vermögensaufbau durch
45 Leistung zu ermöglichen.

46 Ohne konsequenten Klimaschutz gibt es keine sichere Zukunft. Klimaschutz ist
47 kein Luxus, sondern Voraussetzung für Freiheit und Sicherheit kommender
48 Generationen, wie vom Bundesverfassungsgericht festgestellt: Eine zögerliche
49 Klimapolitik bedroht die Freiheit aktueller und zukünftiger Generationen.
50 Klimaschutz muss daher als Grundsatz jedes politischen Handelns verankert sein,
51 damit junge Menschen auch morgen in Freiheit leben können. Gleichzeitig
52 verstehen wir Generationengerechtigkeit umfassend: Es geht um ökologische
53 Nachhaltigkeit ebenso wie um soziale Sicherheit und Teilhabe. Wer heute jung
54 ist, braucht Perspektiven und auch die Gewissheit, im Alter abgesichert zu sein.
55 Wir wollen soziale Sicherheit für die Zukunft: eine enkelfitte Rente und ein
56 starkes soziales Netz für alle Generationen.

57 Nicht zuletzt bedeutet gesellschaftlicher Zusammenhalt auch Verantwortung zu
58 übernehmen. Wir wollen das Miteinander der Generationen stärken, ohne Jung und
59 Alt gegeneinander auszuspielen. Denn es geht nicht um ein Gegeneinander von Jung
60 und Alt, sondern um Gerechtigkeit und Freiheit für alle. Mit einem neuen jungen
61 Selbstbewusstsein wollen wir als Bündnisgrüne der Jugend eine glaubwürdige
62 Stimme geben. Für ein gerechtes, freies und nachhaltiges Morgen.

63 Ohne Klima keine Kartoffeln

64 Klimapolitik ist im besten Sinne Politik generationengerechte Zukunftspolitik.
65 Denn wir wissen, dass wir die Erde nur von unseren Kindern geborgt haben. Die
66 Klimakrise ist die größte Bedrohung für die Zukunft. Wir Bündnisgrüne kämpfen
67 daher dafür, dass Klimaschutz oberste Priorität in allen Bereichen hat.
68 Klimaschutz heißt Generationengerechtigkeit: Wenn wir heute zu wenig tun, laden
69 wir unzumutbare Lasten auf die kommenden Generationen ab. Auf einem kaputten
70 Planeten lässt sich keine Zukunft aufbauen. Ein gesundes Klima ist Grundlage für
71 Wohlstand. Dafür ist die Gen Z seit 2019 auf die Straßen gegangen; das hat das
72 Bundesverfassungsgericht 2021 klar gemacht: Der Staat muss die Freiheitsrechte
73 der jungen Menschen und der kommenden Generationen schützen, indem er jetzt fürs
74 Klima handelt.

75 Gesetzesentwürfe und Investitionsprogramme müssen einem Klimacheck unterzogen
76 werden. Keine Maßnahme darf auf Kosten der Lebensgrundlagen künftiger
77 Generationen gehen.

78 Wir wissen, dass viele junge Menschen sich Sorgen um die Zukunft machen und sich
79 nicht vorstellen können, wie das Leben in 30 Jahren aussehen wird, wenn wir die
80 Klimakrise nicht ausreichend bekämpfen. Wir wissen auch um die Sorgen junger
81 Menschen, die ihre Karriere beginnen und nicht wissen, ob es ihren Job in 40
82 Jahren noch geben wird. Diese Sorgen greifen Populist*innen auf und verstärken
83 sie, um gerade junge Menschen zu radikalisieren und für ihre Sache zu gewinnen.
84 Wir wollen mit einer mutigen Klimapolitik Hoffnung spenden, statt Ängste
85 anzufeuern. Wir wollen Wege aufzeigen, wie wir mit kluger Klimapolitik keine
86 Strukturbrüche erzeugen, sondern Chancen eröffnen und gute tariflich entlohnte
87 Arbeitsplätze schaffen. Das hat eine Gesellschaft verdient, die vor allem in den
88 ostdeutschen Bundesländern von Transformationserfahrungen und Brüchen geprägt

89 ist. Gerade die junge Generation braucht vorausschauende Politik, die nicht nur
90 bis ans Ende der Legislaturperiode denkt, sondern die Grundlage setzt, für den
91 Wohlstand der nächsten Jahrzehnte. Dabei ist Klimapolitik in sich immer soziale
92 Politik, denn die Klimakrise trifft die Ärmsten am meisten und verursacht hohe
93 Kosten.

94 Wir wollen hierbei den Schulterschluss suchen mit all denen, die sich für eine
95 lebenswerte Zukunft einsetzen, seien es die jungen Aktivist*innen, die
96 Klimademos aufstellen oder junge Tüftler*innen, Forscher*innen und
97 Gründer*innen, die an klimafreundlichen Technologien arbeiten und sie auf den
98 Markt bringen.

99 Bildung öffnet Türen

100 Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg. In einem reichen Land wie
101 Deutschland darf Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir
102 setzen uns für eine Bildungspolitik ein, die Chancengerechtigkeit von der frühen
103 Bildung über Schule bis Hochschule oder Ausbildung garantiert. Jede und jeder
104 Jugendliche soll unabhängig von Herkunft und Einkommen den eigenen Weg gehen
105 können. Dafür braucht es besser ausgestattete Schulen, besonders in
106 strukturschwachen Regionen, wo Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und moderne
107 Lernräume fehlen.

108 Etwa 40 Prozent der Kinder in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Sie
109 brauchen gezielte Unterstützung, vor allem beim Spracherwerb, und das von Anfang
110 an. Frühkindliche Bildung ist entscheidend, um Chancen zu eröffnen. Gleichzeitig
111 wollen wir Mehrsprachigkeit fördern, weil sie eine Stärke ist – für die Kinder
112 selbst und für die internationale Vernetzung unseres Landes. Wer Deutsch und die
113 Herkunftssprache sicher beherrscht, hat bessere Chancen im Leben und im Beruf.

114 Der Bildungsföderalismus in seiner jetzigen Form ist überfordert.. Bis 2030
115 wollen wir ein gemeinsames Zentralabitur einführen. Aufgaben, die auf
116 Länderebene nicht sinnvoll gelöst werden, müssen an den Bund übergehen. Dafür
117 braucht es endlich wieder einen echten Bildungsgipfel zwischen Bund und Ländern.
118 Bildung ist Chefsache! Gleichzeitig vertrauen wir den Fachkräften vor Ort.
119 Schulleitungen und Lehrkräfte brauchen mehr Freiheiten bei Stundenplänen,
120 Prüfungsformaten und Unterrichtskonzepten. Lehrpläne müssen gestrafft werden, um
121 Raum für Vertiefung, Exkursionen und eigenständiges Lernen zu schaffen. Über
122 Regelungen wie Handyverbote sollen Schulen selbst entscheiden. Grüne
123 Bildungspolitik heißt, Schulentwicklung evidenzbasiert zu gestalten.
124 Erkenntnisse aus der Bildungsforschung müssen endlich in der Praxis ankommen –
125 etwa längere Lernzeiten statt 45-Minuten-Taktung, mehr fächerübergreifendes
126 Lernen und Förderung der Selbstorganisation.

127 Heute ist Bildung immer noch zu stark vom Elternhaus abhängig. Viele Studierende
128 und Azubis können sich ohne familiäre Unterstützung eine Ausbildung oder Studium
129 nicht leisten. Zu geringe Ausbildungsvergütungen und lange Wartezeiten beim
130 BAföG zwingen viele, zu Hause zu bleiben. Das schränkt Freiheit und
131 Aufstiegschancen massiv ein.

132 Wir fordern ein reformiertes, vollständig digitalisiertes und unbürokratisches
133 BAföG. Anträge müssen einfacher werden sowie einer automatischen vorläufigen
134 Auszahlung zum Semesterstart. Studierende sollen bis Studienende in der

135 Familienversicherung bleiben, wobei die Grenzen für eigenes Einkommen angehoben
136 werden müssen. BAföG-Leistungen müssen elternunabhängiger, realitätsnah und an
137 ortsübliche Vergleichsmieten angepasst werden.

138 Berufliche Ausbildung und Studium sind gleichwertig und müssen auch so behandelt
139 werden. Jede und jeder soll Zugang zu einem Ausbildungsplatz mit Perspektive
140 haben. Deshalb fordern wir eine bundesweite Ausbildungsgarantie, gegebenenfalls
141 finanziert über eine Umlage. Berufsschulen müssen besser ausgestattet und
142 Ausbildungspläne regelmäßig modernisiert werden. Auszubildende verdienen faire
143 Vergütung, schulgeldfreie Ausbildung und gute Bedingungen. Dafür wollen wir
144 Azubiwohnheime und Auszubildendenwerke nach dem Vorbild der Studierendenwerke
145 stärken sowie gute ÖPNV-Verbindungen und Unterstützung beim Führerschein
146 sicherstellen.

147 Ein elftes Pflichtschuljahr soll Jugendlichen ohne Abschluss oder
148 Ausbildungsplatz den Einstieg in Ausbildung erleichtern. Die Verantwortung liegt
149 beim Staat, ausreichend Plätze bereitzustellen. Schulgeldfreiheit ist eine Frage
150 der Gerechtigkeit. Kein Azubi darf für eine Ausbildung zahlen müssen, während
151 ein Studium kostenlos ist. Hohe Mieten, lange Wege und schlechte Anbindung
152 dürfen keine Hürde sein. Deshalb müssen Förderungen wie BAföG und Wohngeld
153 konsequent auch für Auszubildende geöffnet werden.

154 Mentale Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für Bildung, Teilhabe und
155 Zukunft. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Zeit großer Unsicherheiten auf
156 – von Klimakrise über Leistungsdruck bis zu sozialer Isolation. Die psychische
157 Gesundheit junger Menschen steckt in einer tiefen Krise: 40 Prozent der
158 Schülerinnen fühlen sich regelmäßig gestresst, jeder Dritte ist psychisch
159 belastet. Wir fordern eine bundesweite Offensive für mentale Gesundheit in
160 Bildungseinrichtungen. Schulen, Berufsschulen und Hochschulen müssen Orte der
161 Stabilität und Unterstützung sein. Dazu gehören flächendeckende
162 Schulsozialarbeit, psychologische Beratungsstellen und Fortbildungen für
163 Lehrkräfte im Umgang mit psychisch belasteten Schüler*innen. Krankenkassen
164 sollen Präventionsmittel gezielt an Schulen geben, damit Hilfe schnell und
165 unbürokratisch ankommt. Außerdem müssen mehr Therapieplätze geschaffen und
166 digitale Angebote ausgebaut werden, um lange Wartezeiten zu verkürzen. Mentale
167 Gesundheit darf kein Luxus sein – sie ist eine politische Pflichtaufgabe. Junge
168 Menschen müssen das Bildungssystem stark, selbstbewusst und gesund verlassen
169 können.

170 Erst Wohnung, dann Welt retten

171 Junge Menschen dürfen beim Start in ein unabhängiges Leben nicht an
172 explodierenden Mieten und mangelnder Mobilität scheitern. Gerade in
173 Universitätsstädten und Ballungsräumen sind hohe Wohnkosten zu einer massiven
174 Hürde geworden. Eine gute Wohnpolitik stärkt junge Menschen, damit sie ausziehen
175 können, wann sie wollen und früher unabhängig von ihren Eltern werden. Bei der
176 Schaffung von Wohnraum müssen besonders junge Menschen, Studierende und
177 Auszubildende in den Fokus gerückt werden. Bund und Länder müssen verstärkt in
178 bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen investieren, etwa durch den Ausbau von
179 Studierenden- und Azubi-Wohnheimen. Mittel für die Wohnbedürfnisse junger
180 Menschen dürfen nicht zweckentfremdet werden. Gleichzeitig wollen wir das
181 Wohngeld an die Bedürfnisse junger Menschen anpassen, damit niemand aus

182 finanziellen Gründen in unsicheren Verhältnissen leben muss. Egal ob WG,
183 Wohnheimzimmer oder erste Wohnung - junges Wohnen ist vielfältig und wir wollen
184 diese Vielfalt stärken. Eine sozial gerechte Mieter*innenpolitik ist auch
185 Jugendpolitik, denn gerade für junge Studierende und Azubis ist die Miete der
186 größte Ausgabenposten und wird schnell zur Belastung.

187 Mobilität ist gerade für junge Menschen der Schlüssel zur Teilhabe, sei es der
188 Weg zur Ausbildungsstelle, zur Uni oder zu Freund*innen. Wir wollen eine
189 nachhaltige und bezahlbare Mobilität für die Jugend sicherstellen: Aufbauend auf
190 dem Erfolg des Deutschlandtickets setzen wir uns für vergünstigte Jugendtickets
191 ein. Es braucht ein bundesweites Deutschlandsemesterticket entkoppelt vom Preis
192 des regulären Deutschlandtickets für Schüler*innen, Studierende, Azubis und
193 Freiwilligendienstleistende, um bezahlbare Mobilität überall in Deutschland zu
194 garantieren.

195 Niemand soll gezwungen sein, aus seiner Heimat wegzuziehen, nur weil Bus und
196 Bahn nicht fahren. Darum fordern wir eine Mobilitätsgarantie in der Fläche:
197 regelmäßige Bus- oder Rufbus-Angebote auch auf dem Land, sowie den Ausbau von
198 Nacht- und Taktverkehren, damit gerade junge Menschen in ländlichen Regionen
199 mobil bleiben können.

200 Jugendkultur: Vielfalt feiern, Eintritt senken

201 Wenn junge Menschen nach Schule, Ausbildung oder Studium nach Hause kommen,
202 wünschen sie sich Freizeitangebote und kulturelle Erlebnisse. Doch diese werden
203 immer teurer und gerade im ländlichen Raum nimmt das Angebot stetig ab.

204 Der Kulturpass war ein wichtiger Schritt, um jungen Erwachsenen kulturelle
205 Teilhabe zu ermöglichen und finanzielle Hürden abzubauen. Seine Abschaffung
206 trifft besonders die, die Unterstützung am dringendsten brauchen: junge Menschen
207 aus einkommensschwachen Familien. Wir fordern daher seine Wiedereinführung.

208 Kultur ist kein nice to have, sondern ein must have. Sie ist Ausdruck von
209 Demokratie, ermöglicht Meinungsbildung und stärkt den gesellschaftlichen
210 Zusammenhalt. Kulturelle Teilhabe ist Voraussetzung für eine lebendige,
211 pluralistische Gesellschaft und muss allen offenstehen.

212 Neben finanzieller Unterstützung braucht es Räume, in denen Jugendliche sich
213 ungezwungen treffen können, ohne Geld auszugeben. Solche Orte fördern Begegnung,
214 Kreativität und verhindern Ausgrenzung. Gleichzeitig müssen kulturelle
215 Einrichtungen, egal ob in Stadt oder Land, langfristig gesichert werden. Ihr
216 Wegfall schränkt die freie Entfaltung junger Menschen ein und nimmt ihnen
217 wichtige Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung.

218 Gerade in einer Zeit von Leistungsdruck und Unsicherheiten sind Kultur,
219 Sportvereine und Begegnungsstätten entscheidend, um Gemeinschaft und
220 Selbstwirksamkeit zu erleben. Kulturelle Teilhabe bedeutet, Demokratie und
221 Zusammenhalt praktisch zu erfahren – ob im Fußballverein, im Schülertheater oder
222 im Jugendzentrum. Dafür braucht es langfristige Förderzusagen von Bund und
223 Ländern für innovative, niedrigschwellige Projekte – vom inklusiven Theater bis
224 zur selbstorganisierten Disco in der Dorfscheune.

225 Jugend muss mit am Tisch sitzen

226 Jugendliche haben das Recht, gehört zu werden. Es ist unsere Pflicht, Strukturen
227 zu schaffen, die sie nachhaltig einbeziehen und ernst nehmen. Viel zu oft wird
228 über Jugendliche entschieden, statt mit ihnen. Das gilt für politische Fragen
229 wie Corona, Wehrpflicht oder Rente ebenso wie für Stadtplanung und Bildung.
230 Echte Beteiligung darf kein Ausnahmefall sein, sondern muss auf allen Ebenen
231 selbstverständlich werden.

232 Wir fordern verbindliche Jugendbeteiligung in Politik und Verwaltung.
233 Jugendbeiräte sollen sicherstellen, dass junge Menschen frühzeitig in
234 Entscheidungen eingebunden werden. Dabei ist wichtig, dass sie die Vielfalt der
235 Jugend abbilden, ob Schüler*innen, Auszubildende oder Studierende, ob aus Stadt
236 oder Land. Ergänzend braucht es einen bundesweiten Jugendcheck bei
237 Gesetzesinitiativen, damit die Auswirkungen auf junge Menschen von Anfang an
238 mitgedacht werden.

239 Auch in Bürgerversammlungen und Beteiligungsformaten müssen Jugendliche aktiv
240 einbezogen werden. Ihre Mitwirkung darf nicht symbolisch bleiben, sondern muss
241 finanziell und organisatorisch unterstützt werden.

242 Jugendbeteiligung ist kein Selbstzweck, sondern eine Investition in unsere
243 Demokratie. Wer früh erlebt, dass die eigene Stimme zählt, entwickelt Vertrauen,
244 Selbstwirksamkeit und demokratisches Bewusstsein und ist weniger anfällig für
245 autoritäre Strömungen. Deshalb müssen Schulen, Jugendverbände und Kommunen
246 Beteiligung fest verankern und Lehrkräfte so ausbilden, dass sie jungen Menschen
247 auf Augenhöhe begegnen. In Ostdeutschland sind demokratische Strukturen
248 historisch anders gewachsen; das Vertrauen in Parteien geringer. Umso wichtiger
249 ist es, junge Menschen gezielt einzubinden und ihre Beteiligung zu fördern. Nur
250 wer Demokratie praktisch erfährt, kann Vertrauen in Institutionen, Parteien und
251 politische Prozesse entwickeln.

252 Programme wie Demokratie leben! müssen langfristig gefördert und ausgebaut
253 werden, um Jugendlichen echte Beteiligung zu ermöglichen und sie dauerhaft für
254 demokratische Werte zu gewinnen.

255 Soziale Sicherheit im Rücken und wirtschaftliche Chancen im 256 Blick

257 Junge Menschen müssen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik konsequent
258 mitgedacht werden! Zu oft wird für kurzfristige Wahlgewinne vor allem an die
259 größte Wählergruppe gedacht, die Generation der Baby Boomer. Aber für ein gutes
260 gesellschaftliches Miteinander braucht es eine Politik, die auf die besonderen
261 Belange aller Generationen eingeht und ihre Interessen in ein Gleichgewicht
262 bringt. Der Generationenvertrag ist durch wiederholtes kurzfristiges Handeln in
263 die Kritik geraten und immer mehr junge Menschen haben das Gefühl, dass nicht
264 für sie Politik gemacht wird.

265 Junge Menschen brauchen soziale Absicherung. Jedes fünfte Kind in Deutschland
266 ist von Armut bedroht. Es muss uns ein Anliegen sein, eine echte
267 Kindergrundsicherung zu schaffen, die diesen Kindern ein Aufwachsen in Würde und
268 Sicherheit und gleiche Chancen an Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen
269 Leben garantiert. Diese Kindergrundsicherung muss so ausgestaltet sein, dass sie

270 Sozialleistungen bündelt und somit Bürokratie abbaut Die Tatsache, dass es mit
271 den Koalitionspartnern in der letzte Wahlperiode nicht möglich war, diesem
272 Projekt die notwendige Priorität einzuräumen, heißt für uns nicht, dass wir es
273 aus den Augen verlieren - denn wir wissen: nur wenn wir Kinderarmut endlich
274 nachhaltig bekämpfen, werden wir Chancengerechtigkeit in Deutschland erreichen
275 können.

276 Junge Menschen brauchen Chancen. Junge Menschen sind Newcomer, sei es auf dem
277 Arbeitsmarkt oder dem Mietmarkt. Zu oft ist es zu schwer, den ersten Job zu
278 finden. Wirtschaftspolitik ist Jugendpolitik. Denn junge Menschen profitieren
279 überproportional von einer wachsenden Wirtschaft, die neue Arbeitsplätze für
280 junge Menschen schafft.

281 Junge Menschen sind für wirtschaftliche Krisen anfälliger, weil sie noch nicht
282 die Chance hatten, vorzusorgen. denn junge Menschen müssen Vermögen erst
283 aufbauen. Aber der Weg zum Vermögensaufbau ist für die heutige Jugend schwerer
284 als vor 30 Jahren. Dennoch wollen junge Menschen sparen und investieren und
285 brauchen dafür Anreize und Unterstützung. Immer mehr junge Leute sind an Depots
286 und Investment interessiert. Wir müssen die Kapitalertragsteuer progressiv
287 reformieren und den Freibetrag erhöhen, damit Kleinanleger*innen nicht von
288 Maßnahmen getroffen werden, die für Großinvestor*innen gedacht sind. Wir müssen
289 die Finanzbildung stärken, damit neue Sparer*innen Finanzprodukte gut
290 einschätzen können und keinen Betrüger*innen aufsitzen. Zudem müssen wir
291 insbesondere den Anteil der Frauen, die investieren, erhöhen. Wirtschafts- und
292 Finanzbildung darf nicht das Privileg derer sein, deren Eltern schon
293 investieren.

294 Viele junge Menschen wünschen sich später ein Eigenheim, doch dieser Traum
295 scheint für die meisten von ihnen unerreichbar. Doch eine eigene Wohnung oder
296 ein eigenes Haus ist für junge Menschen ein Versprechen auf Absicherung oder der
297 erste Baustein für eine eigene Familie. Wir wollen die Grunderwerbssteuer beim
298 ersten selbst bewohnten Wohneigentum für junge Familien streichen

299 Generationengerechtigkeit bedeutet, das Gleichgewicht der Generationen im Blick
300 zu behalten. Junge Menschen sorgen sich zunehmend um die Zukunftsfestigkeit der
301 Rentenversicherung. Dabei geht es ihnen nicht darum, die Rente zu zerschlagen,
302 sondern um die Belastbarkeit der Rentenversicherung, wenn immer mehr
303 Renter*innen auf immer weniger Einzahler*innen kommen. Hierfür braucht es
304 Reformen, um das System nachhaltiger zu machen und somit langfristig zu sichern.
305 Es kann nicht sein, dass durch Maßnahmen wie die Mütterrente oder die
306 abschlagsfreie "Rente mit 63" die Sicherheit der Rente zukünftiger Generationen
307 gefährdet wird.

308 Generation "Verantwortung"

309 Wir sind bereit, der jungen Generation etwas zuzumuten - dafür muss sie sich
310 aber auf den Staat verlassen können. Wir Bündnisgrüne stehen für einen neuen
311 Generationenvertrag, der weit mehr umfasst als nur die Rente und den
312 Klimaschutz. Der Staat muss die soziale Absicherung gewährleisten, eine
313 funktionierende Infrastruktur bereitstellen und bezahlbares Leben ermöglichen,
314 Ausstiegschancen garantieren, eine aktive, pluralistische Demokratie fördern -
315 dafür sind junge Menschen auch bereit, ihren Teil zur Gesellschaft beizutragen.

316 Im Gegensatz zu den Vorurteilen über eine faule Generation hat die Gen Z schon
317 oft gezeigt, dass sie Verantwortung übernimmt. Während der Pandemie haben junge
318 Menschen auf ihren Präsenzunterricht und ihre Hobbys weitgehend verzichtet, um
319 ältere Menschen und Risikogruppen zu schützen. Junge Menschen ergreifen Partei
320 und gehen für ihre Anliegen auf die Straße. Politik muss das würdigen und
321 anerkennen. Junge Menschen müssen nicht beweisen, dass sie bereit sind, der
322 Gesellschaft etwas zurückzugeben. Der Staat muss die soziale Absicherung
323 gewährleisten, eine funktionierende Infrastruktur bereitstellen,
324 Ausstiegchancen garantieren und eine aktive, pluralistische Demokratie fördern
325 - dafür sind junge Menschen auch bereit, ihren Teil zur Gesellschaft
326 beizutragen. Der Staat muss die freie Entfaltung jedes Einzelnen schützen und
327 ein sicheres Aufwachsen junger Menschen gewährleisten. Verfassungsfeindlichen
328 Bestrebungen und jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss er
329 entschieden entgegenreten. Parteien und Politiker*innen dürfen nicht aus
330 Wahlkalkül die Interessen einer Generation über die der anderen stellen und
331 müssen für ein Gleichgewicht der Lasten einsetzen. Für dieses Gleichgewicht
332 setzt sich BÜNDNIS 90/Die Grünen ein.

weitere Antragsteller*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Lukas Mosler (KV Bautzen); Maike Hipp (KV Tübingen); Lucas Pöllinger (KV Schwandorf); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Frieda Fiedler (KV Heidelberg); Constantin Meyer zu Allendorf (KV Leipzig); Jona Gärtner (KV Aschaffenburg-Land); Niklas Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt); Chantal Kopf (KV Freiburg); Jeanne Dillschneider (KV Saarbrücken); Dennis Helmich (KV Halle); Benjamin Dick (KV Aachen); Liliana Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); André Höftmann (KV Fürth-Land); Elias Enderlein (KV Rhein-Erft-Kreis); Carl Witthauer (KV Berlin-Reinickendorf); Fabian Töpfer (KV Lippe); sowie 133 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.